



## **BID-Verbände: Wählen gehen, Demokratie stärken und Bauen wieder bezahlbarer machen**

**Berlin, 13.02.2025.** Die **Bundesarbeitsgemeinschaft Immobilienwirtschaft Deutschland, BID**, ruft alle Wahlberechtigten zum Wählen bei der bevorstehenden Bundestagswahl auf. Die wachsende gesellschaftliche Spaltung, der eklatante Wohnungsmangel und die wirtschaftlichen Herausforderungen der Immobilien- und Wohnungswirtschaft verlangen nach einem klaren Kurs und verlässlichen Rahmenbedingungen.

„Gehen Sie wählen! Das Wahlrecht ist das wichtigste Element der Demokratie und die wirksamste Form der Beteiligung an der politischen Entwicklung. Wir stehen vor wichtigen Entscheidungen, die die Zukunft und den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes beeinflussen. Billiger Populismus will spalten, sorgt nicht für das friedliche Miteinander und ein gutes Ergebnis für unser Land. Unseriöse, einfache Antworten werden den komplizierten Herausforderungen nicht gerecht“, betont **BID Vorsitzender Dirk Salewski** in Berlin.

„Es muss einer kommenden Bundesregierung gelingen, Bauen wieder bezahlbarer zu gestalten. Wir müssen mehr Bauen, mit weniger und nicht mehr Vorschriften und Regeln. Dazu müssen klare, verlässliche Rahmenbedingungen geschaffen werden und Erleichterungen bei der Erlangung von Eigentum erreicht werden. Dazu gehört auch, dass das Bundesbauministerium gestärkt wird und alle relevanten Kompetenzen erhält. Baupolitik litt bislang an mangelnder politischer Bedeutung und fehlender Durchsetzungskraft. Das muss sich ändern. Ansonsten werden wir eine zunehmende soziale Spaltung, Abwanderung von Fachkräften und eine Zunahme bei Unternehmensinsolvenzen in unserem Land erleben, die niemand wollen kann“, sagt Salewski.

„Die bevorstehende Wahl ist richtungsweisend – es geht nicht nur darum, eine neue Regierung zu wählen, sondern auch darum, unsere demokratischen Werte zu stärken. Wer eine stabile Gesellschaft will, muss Parteien unterstützen, die sich für die Schaffung wirtschaftlicher Rahmenbedingungen, für den Bau bezahlbarer Wohnungen, sowie für soziale Gerechtigkeit einsetzen. Dazu gehört, dass sich die Parteien der Mitte endlich mit Nachdruck und Verantwortung um das Wohnen als die soziale Frage unserer Zeit kümmern und echte, wirksame Lösungen auf den Weg bringen. Statt den Mangel nur zu verwalten, braucht es einen Bau-Boost: Baukosten senken, vergünstigte Grundstücke bereitstellen und den sozialen Wohnungsbau massiv fördern. Ohne flexible Bauvorschriften, schnellere Genehmigungen, eine Baukostenbremse und ein verlässliches Fördersystem bleibt bezahlbares Wohnen eine Illusion“, sagt **Axel Gedaschko, Präsident des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW**.

„Die höchsten Baustandards in Europa, hohe Steuern und Bürokratie sowie falsche Förderungen und massive Regulierungen verteuern, erschweren und verhindern den Wohnungsbau – mit gravierenden Folgen für Arbeitsmarkt, Wirtschaft und sozialen Zusammenhalt“, warnt **Dirk Wohltorf, Präsident des**

**BID Bundesarbeitsgemeinschaft  
Immobilienwirtschaft Deutschland**

c/o BFW Bundesverband Freier  
Immobilien- und  
Wohnungsunternehmen  
Französische Straße 55  
10117 Berlin

[www.bid.info](http://www.bid.info)

Pressekontakt:  
Jens Christian Kage  
Pressesprecher/Kommunikation BFW

Tel.: 030 / 32 781 - 110  
[Jens.C.Kage@bfw-bund.de](mailto:Jens.C.Kage@bfw-bund.de)

Die Mitglieder der BID:

BFW Bundesverband  
Freier Immobilien- und  
Wohnungsunternehmen

VDIV Verband der Immobilienverwalter  
Deutschland

GdW Bundesverband deutscher  
Wohnungs- und  
Immobilienunternehmen

IVD Immobilienverband Deutschland  
Bundesverband der Immobilienberater,  
Makler, Verwalter und Sachverständigen

vdp Verband deutscher  
Pfandbriefbanken

ZIA Zentraler Immobilien Ausschuss

**Immobilienverband Deutschland IVD.** „Wohnungsmangel ist kein isoliertes Problem, sondern eine Gefahr für sozialen Frieden und wirtschaftliche Entwicklung. Fachkräfte finden in den Wachstumsregionen keinen bezahlbaren Wohnraum, Investoren schrecken vor unsicheren Rahmenbedingungen zurück. Nur eine echte Wohnwende wird die Lösung bringen: Der Immobilienmarkt muss entfesselt, der Wohnungsbau wiederbelebt werden. Die neue Regierung muss den Bauturbo zünden und die Legislaturperiode der Eigentumsbildung ermöglichen. Die Bau- und Wohnpolitik muss so ausgerichtet werden, dass sie den Menschen die Türen zum Eigenheim öffnet. Ich appelliere an alle Bürgerinnen und Bürger: Nutzen Sie Ihr Wahlrecht! Stärken Sie wirtschaftlich kompetente Kräfte der politischen Mitte. Deutschland steht am Scheideweg – verharren wir im Krisenmodus oder wagen wir die Wirtschafts- und Wohnwende? Nutzen wir diese Wahl klug.“

„Die zukünftige Bundesregierung muss Voraussetzungen schaffen, in denen der Immobiliensektor endlich wieder wachsen kann. Gesetze müssen praktikabel und umsetzbar sein – ohne zu überfordern. Auch eine zielgerichtete und breit angelegte Förderung des Wohneigentums, die insbesondere junge Familien und Haushalte mit mittlerem Einkommen stärker beachtet, muss endlich auf den Weg gebracht werden. Eigentumsbildung ist kein Luxus, sondern eine Investition in die Zukunft. Eine Politik, die Wohneigentum befördert, stärkt nicht nur sozialen Frieden, sondern kurbelt auch das Wirtschaftswachstum an, sichert Arbeitsplätze und ermöglicht eine Altersvorsorge für breitere Schichten unserer Bevölkerung“, betont **Sylvia Pruß, Präsidentin des VDIV Deutschland.**

„Deutschland steht vor einem entscheidenden Jahr. Es muss gelingen, endlich spürbare wirtschaftspolitische Impulse zu setzen. Das würde die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands stärken, Wirtschaftswachstum stimulieren und sich so auch positiv auf den Immobilienmarkt auswirken. Die Schaffung von mehr Wohnraum gehört zu den aktuell drängendsten politischen und sozialen Aufgaben, sie birgt in gesellschaftlicher Hinsicht großen Konfliktstoff. Die neue Bundesregierung wird hier besonders gefordert sein, schnell umfassende und zielführende Maßnahmen zu ergreifen, die den Wohnungsbau vor allem in den Großstädten ankurbeln“, erklärte **vdp-Hauptgeschäftsführer Jens Tolckmitt.** Gute und aussichtsreiche Maßnahmen seien im Bündnis bezahlbarer Wohnraum erarbeitet worden. Jetzt komme es auf deren zügige Umsetzung an.

„Es braucht ein kräftiges Zeichen für die Demokratie. Sie bietet die Basis für Innovation und Fortschritt, für eine leistungsfähige Wirtschaft und den Wohlstand der Menschen in dieser Republik. Umso wichtiger, dass eine künftige Bundesregierung der Mitte die ökonomische Kehrtwende vollzieht. Die Politik muss den Anteil staatlich bedingter Kosten bei Bau und Verkauf runterschrauben, die Regulierung zurückfahren und ein investitionsfreundliches Umfeld schaffen. Damit kann die Immobilienwirtschaft ihren Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt, Klimaschutz und Wohlstand in diesem Land weiter leisten. Gehen Sie bitte wählen. Die Demokratie steht unter Druck, sie braucht Sie“, betont **Iris Schöberl, Präsidentin des Spitzenverbandes der deutschen Immobilienwirtschaft (ZIA).**

---

In der BID Bundesarbeitsgemeinschaft Immobilienwirtschaft Deutschland arbeiten die Verbände BFW, VDIV, GdW, IVD, vdp, und ZIA zusammen, um mit gebündelten Kräften gemeinsam inhaltliche Positionen effektiver in der Öffentlichkeit zu vertreten. Mit der BID steht der Politik und anderen Wirtschaftszweigen sowie weiteren Verbänden ein

unterstützender und durchsetzungsfähiger immobilienwirtschaftlicher Partner zur Seite.  
Weitere Informationen über die BID finden Sie im Internet unter [www.bid.info](http://www.bid.info)

